

Der schwierige Übergang zum Frieden in Kambodscha

Korrumpierte Beamte bereichern sich

Die zunehmende Korruption der Beamten und das aramierende Machtvakuum drohen den Friedensprozess in Kambodscha zum Erliegen zu bringen und das Land in die Anarchie zu stürzen. Ausschreitungen bei den Anti-Korruptions-Demonstrationen, Unruhen unter den Studenten, Arbeitern und zivilen Angestellten im Dezember letzten Jahres verschärften noch die Angst, daß das Land immer unregierbarer wird. Am 21. Dezember kam es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und der Polizei im Geschäftsviertel der Hauptstadt, wobei mindestens acht Menschen den Tod fanden und viele verletzt wurden.

Warten auf Eintreffen der UN-Truppen

Ausländische Diplomaten und die vier kambodschanischen politischen Fraktionen stimmten darin überein, daß der einzige Weg zur Verhinderung des Abgleitens in ein Chaos der rasche Einsatz von UNO-Friedenstruppen sei, die eine erwartete Stärke von ungefähr 10.000 Soldaten haben sollen, wie es das Friedensabkommen von Paris vorsieht. Die UNO-Truppen könnten das öffentliche Vertrauen in einen wirklichen Wandel stärken, die Stabilität sichern und vorläufig die Macht über die Schlüsselministerien der Regierung übernehmen.

Obwohl die Regierung nach den Kämpfen vom 21. Dezember vorübergehend alle Universitäten geschlossen, eine Ausgangssperre eingeführt und Truppen auf die Straße geschickt hat, herrscht doch eine unsichere Stimmung im Lande. Seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages stimmen Beobachter und Kenner der kambodschanischen Verhältnisse darin überein, daß es überall im Land ein gefährliches Vakuum an politischer Kontrolle gibt. Offizielle der Regierung unter Ministerpräsident Hun Sen wurden beschuldigt, eine „wahre Orgie der Korruption“ gefeiert und den durch den Verkauf von Staatseigentum erzielten Gewinn in die eigenen Taschen gesteckt zu haben. Tausende von Soldaten

aller vier Fraktionen, ärgerlich über ihre bevorstehende Demobilisierung, ohne Aussicht auf einen Job, Land oder Wohlfahrt für ihre Familien, sind plündernd über ländliche Gebiete hergefallen. Offiziere wie Soldaten versuchen an sich zu reißen, was nur möglich ist, für den Fall, daß sie die Macht bei der Ankunft von UNO-Truppen verlieren.

Die Unruhen vom Dezember letzten Jahres waren nur der spontane Ausbruch jahrelang unterdrückter Frustrationen in einem Land, das während der letzten zwanzig Jahre nur eine Serie von brutalen, korrupten oder inkompetenten Regimes erlebt hat. Es herrscht allgemeine Übereinstimmung darüber, daß es keine Hintermänner bei den Dezemberdemonstrationen gab, einmal abgesehen vom Versuch der Regierung, „bewaffnete Elemente mit einem politischen Ziel“ verantwortlich machen zu wollen. Diplomaten in Phnom Penh waren überrascht von der unerwartet offenen Kritik an der Regierung, die in diesen Tagen in allen Straßen zu hören war. Arbeiter der Staatsunternehmen und Angestellte aus dem Verwaltungsbereich demonstrierten als erste gegen hohe Beamte in den Ministerien, die Fabriken und Ministeriumsbauten an private Investoren verkauft und den Gewinn eingesteckt hatten. Das Ergebnis war die Schließung mehrerer Fabriken, die Arbeiter wurden entlassen; viele Verwaltungsangestellte erhielten ihren ohnehin schon geringen Monatslohn von umgerechnet US\$ 10-12 nicht mehr.

Der der Korruption beschuldigte Transportminister wurde ausgeplündert, als Demonstranten sein Haus am 20. Dezember niederbrannten. Laut Angaben der kambodschanischen Regierung und der anderen Fraktionen haben seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages Beamte aus fast allen Ministerien, mit zwei Ausnahmen, Gebäude und Besitz verschoben.

„Es ist widerlich. Sie verkaufen das Land. Die Minister verkaufen alle Regierungsgebäude und behalten das Geld. Sie verkaufen die Lampen, die Türen und die Stühle,“ sagte Julio Jeldres, der seine Position als Berater von Prinz Norodom Sihanouk aufgeben und das Land eine Woche

vor Beginn der Demonstrationen verlassen hat.

Das Gebilde des Obersten Nationalrats

Die Unruhen verhinderten auch die Anreise von Khieu Samphan. Es war bereits der zweite Versuch des Khmer Rouge Führers, in die Hauptstadt zu kommen, denn ohne seine Anwesenheit kann der Obersten Nationalrat (Supreme National Council) nicht zusammentreten.

Aber am 30. Dezember schließlich flog Khieu Samphan doch nach Phnom Penh, und der SNC trat zum ersten Mal in der Hauptstadt zusammen. Die vier Fraktionen, Repräsentanten der fünf ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat der UNO und der Leiter der UNO-Mission in Kambodscha trafen sich in der Residenz von Prinz Sihanouk. Sie kamen überein, daß die UNO-Truppen so schnell wie möglich in Kambodscha eingesetzt werden. Die ersten Truppen sollen im März ihren Einsatz aufnehmen.

Die Ereignisse in Phnom Penh seit dem Friedensvertrag vom Oktober haben die Regierung Hun Sens in unterschiedliche Lager gespalten. Es herrscht eine offene Feindschaft zwischen den Hun Sen loyalen Anhängern und einer Fraktion, die eine Allianz mit dem Vorsitzenden der Nationalversammlung Chea Sim eingegangen ist.

In einer Krisensitzung der Versammlung vom 27. Dezember zur Verabschiedung eines verschärften Demonstrationsgesetzes sowie die Nachfolge wegen Korruption gefeuerter Beamter versuchte Chea Sim erfolglos, eine Erklärung durchzubringen, in der der Regierung eine Beteiligung an den Demonstrationen vorgeworfen wurde – eine eindeutige Attacke gegen Hun Sen. Trotzdem weigerten sich viele Regierungsmitglieder, eine Erklärung zu unterzeichnen, die den Umgang der Regierung mit den Demonstrationen unterstützte. Diese Spaltung hat die Befürchtungen innerhalb der Phnom Penh Führung noch verstärkt, daß Hardliner die Kontrolle über die Regierung übernehmen könnten, die auseinanderzufallen droht.

Auch tiefe Risse innerhalb des Militärs traten während der Unruhen zutage. Teile des Militärs hegten Sympathie für die Studenten und Demonstranten sagten kambodschanische Beamte und Diplomaten. Viele der Uni-

versitätsstudenten sind entweder selbst Militäroffiziere oder Verwandte von Offizieren.

Es ist allgemein anerkannt, daß keine der kambodschanischen Fraktionen im Moment in der Lage ist, das Land zusammenzuhalten und den Friedensvertrag umzusetzen, ohne daß UNO-Truppen eingreifen, um eine zentrale Gewalt aufzubauen.

Obwohl die Proteste gegen die Regierung in Phnom Penh sich nicht in eine Unterstützung einer der anderen Fraktionen verwandelten, scheinen doch die Khmer Rouge am meisten davon zu profitieren. Die Unruhen haben sich vom Unmut über die mörderischen Jahre der Khmer Rouge verschoben, hin zum Ärger über die miserablen ökonomischen Bedingungen, politische Unterdrückung und Gier der Beamten, die heute im Land herrschen. Eine Untergrabung der Legitimität der jetzigen Regierung wäre eine Hilfe für die einzige Fraktion, die über eine hochentwickelte politische Organisation verfügt – die Khmer Rouge.

Nate Thayer

Übernommen aus der Wochenzeitung *Far Eastern Economic Review* vom 9.1.92, übersetzt von Horst Kothe

Korrekturen:

Korrekturen im Artikel zu Kambodscha von Dr. Sam Sambang in SOAI 4/91:

S. 40, 1. Spalte, 3. Zeile von unten, statt: Sihanouk wurde zum Vize - Vorsitzenden muß es heißen: Sihanouk wurde zum Vorsitzenden ...

S. 40, 3. Spalte, 12. Zeile, statt: Hunderttausende von ... muß es heißen: über eine Mio

S. 41, 2. Spalte, 2. Absatz, 17. Zeile, statt: eingeführt muß es heißen: befürwortet

Überfall auf Khieu Samphan vom Regime gedeckt

Die Demonstration und der Überfall auf die Residenz der Khmer Rouge (KR) am 27.11. sind offenbar vom Hun-Sen-Regime zumindest gedeckt worden. Kurze Zeit nachdem KR-Präsident Khieu Samphan nach Phnom Penh zurückgekehrt war, demonstrierten mehr als 10.000 Menschen gegen den von den KR 1975-78 ausgeübten Terror und zogen zur Villa, in der die KR-Delegation im Obersten Nationalrat (SNC) mit Mitarbeitern untergebracht war. Mehrere hundert Demonstranten drangen mit Stöcken und Steinen bewaffnet in das Haus ein, zerstörten Einrichtung und Unterlagen und versuchten, Khieu Samphan zu lynchen.

Die Sicherheit der SNC-Delegierten war bereits vor Unterzeichnung des Pariser Friedensabkommens ein Konfliktpunkt. Ursprünglich wollte die Regierung Khieu Samphan und Son Sen nur je einen eigenen Leib-

wächter in Phnom Penh zubilligen, die Regierung würde sich um deren Sicherheit kümmern. Zwei Wochen vor dem Überfall erklärte der Innenminister, niemand könne die Sicherheit der KR in Phnom Penh garantieren. Am Morgen von Khieu Samphans Rückkehr wurde an Sicherheitsoffizieren die Direktive ausgegeben, Demonstranten weder festzunehmen noch Gewalt gegen sie anzuwenden.

Die nur leicht bewaffneten Polizisten griffen nicht ein, als die Menge zunächst die Fenster der Villa zerstörte und anschließend gewaltsam eindrang. 200.000 US-Dollar sollen gestohlen und Khieu Samphans Paß verbrannt worden sein, als Ministerpräsident Hun Sen erschien und auf der anderen Straßenseite über ein Megafon zur Menge sprach. Es wurden weder Soldaten entsandt, noch die Auflösung der Versammlung verlangt. Regierungsvertreter versuchten viel-

mehr, von dem mit 10 Wachen eingesperrten Khieu Samphan die Zustimmung zur Evakuierung aus dem Land zu erhalten. Erst als mehrere Demonstranten unmittelbar dazu übergangen, die KR-Führer tätlich anzugreifen, trafen erste bewaffnete Regierungssoldaten ein, – mehr als vier Stunden nach Beginn der Aktion. Die KR-Delegation wurde evakuiert, und die Menge löste sich innerhalb weniger Minuten auf. Die meisten Beobachter in Phnom Penh bewerteten den Vorfall als geplante, staatliche Attacke, die außer Kontrolle geraten sei. Die KR und einige Diplomaten glauben, daß die Attacke von Vertretern der vietnamesischen Regierung mitorganisiert worden ist. KR-Mitarbeiter wurden während des Vorfalles verschleppt und (nach eigenen Angaben teilweise von Vietnamesen) verhört.

UNO-Vertreter und Diplomaten sahen durch den Vorfall die

Umsetzung des Pariser Friedensabkommens stark gefährdet. Es wurde befürchtet, daß die KR aus Rache den bewaffneten Kampf wiederaufnahmen. Die KR haben jedoch ihren Willen unterstrichen, das Friedensabkommen einzuhalten und insbesondere auf die baldige Entsendung von UNO-Truppen gedrängt. Khieu Samphan hat den Angriff als Sabotage an der Umsetzung des Abkommens gewertet, da die Arbeit des SNC in Phnom Penh behindert worden sei. Politischen Nutzen aus dem Überfall dürften nach Ansicht der meisten Beobachter vor allem die KR gezogen haben, da die Regierung für die Bedrohung des Friedensprozesses verantwortlich gemacht werde.

vgl. FEER 12.12.; BPT 26.10.; Die Welt 31.12.; Khieu Samphan: Statement 25.12.91 (in: Permanent Delegation of Cambodia to UNESCO, Information 01/92)

UNO will 15.900 Soldaten schicken

Nach dem Plan von UNO-Generalsekretär Butros Ghali sollen ab März 15.900 Soldaten und 3600 zivile Polizeibeobachter von der UNO nach Kambodscha entsandt werden. Zusammen mit weiterem zivilen Personal wird die UNO insgesamt 38.000 Personen schicken. Nach dem Pariser Friedensabkommen fällt den UNO-Truppen die Aufgabe zu, den Abzug aller fremden Truppen und die Einstellung der Militärlieferung an die Konfliktpar-

teien zu überprüfen, sowie die Demobilisierung von 70 % aller kambodschanischen Streitkräfte vorzunehmen. Die restlichen 30 % sollen unter UNO-Aufsicht in Kasernen bleiben. Das zivile UNO-Personal soll Wahlen vorbereiten und im April 1993 durchführen. Bis dahin sollen außerdem Schlüsselministerien kontrolliert, sowie die Wiedereingliederung der 360.000 Auslandsflüchtlinge und von 150.000 Militärangehörigen ins Zivilleben

organisiert werden. Bisher befinden sich in Kambodscha erst 286 UNO-Soldaten. Das übrige UNO-Personal wird erst nach Sicherstellung der Finanzierung und der Zustimmung des Sicherheitsrates entsendet werden können (Gesamtkosten nach verschiedenen Angaben zwischen 1,5 und 3 Mrd. US\$). Im Januar hat der Sicherheitsrat bereits die Entsendung von 1000 Minenräumern und 700 Mitarbeitern für die Reparatur von

Straßen und Brücken bewilligt (Kosten: 24 Mio US\$). Die UNO-Übergangsbehörde (UNTAC) steht unter Leitung des Japaners Yasushi Akashi. Aus Deutschland soll eine Einheit des BGS Dienst leisten, außerdem bis zu 150 Ärzte und Sanitäter der Bundeswehr (deutscher Anteil an den Gesamtkosten: mind. 200 Mio US\$).

vgl. FR 22.2.; TAZ 29.2.; Tagesthemen 26.2.92

Kämpfe trotz Waffenstillstand

Die erste ernste Verletzung des Waffenstillstandes trat im Januar in Kompong Thom auf. In Folge der Gefechte flohen 10.000 Kambodschaner in andere Gebiete. Die Khmer Rouge und Phnom Penh gaben sich gegenseitig die Schuld. Die Khmer Rouge behaupten, sie seien von Truppen unter Führung von Vietnamesen angegriffen worden und drängen zur schnellen Entsendung der UNO-Truppen.

vgl. Le Monde 23.1.; FR 22.1.; SZ 28.2.; Khieu Samphan 25.12.91, s.o.

Heng Samarin abgelöst

Ein außerordentlicher Parteikongreß vom Oktober 1991 wählte Chea Sim zum neuen Präsidenten der in „Kambodschanische Volkspartei“ umbenannten Regierungspartei.

Stellvertreter des als Hardliner bekannten Chea Sim wurde Hun Sen. Der Kongreß bekannte sich zu den Menschenrechten, zum Mehrparteiensystem, zur freien Marktwirtschaft und zu Sihanouk als Staatspräsidenten. Die Beschlüsse werden als Taktik zum Überleben der Partei gewertet.

vgl. FEER 31.10.91

US-Embargo aufgehoben

Ende Dezember wurde mit dem US-Beschluß zur Aufhebung des Embargos auch der Weg zum

Handel mit anderen westlichen Ländern freigemacht. Bisher wurden die größten Investitionen von Japanern getätigt, außerdem von Unternehmen aus Frankreich und Thailand.

vgl. Tagesspiegel 24.1.92

